

Inhalt	Seite
Editorial	2
Ecke des Präsidenten der SP Oberaargau	2
Ecke des Präsidenten der SP Langenthal	3
Eidg. Abstimmungen	4-5; 8
Kantonale Abstimmungen	5-7
SP 60+	7
UNIA / GBO	8
Aus den SP-nahen Vereinen	9/10
Rotspecht-Briefkasten	10
Denksport	11
Impressum	12

Parolen zu den Abstimmungen

Eidgenössische Vorlagen

	SPL (Vorstand)	SPBe	SPS	Seite
- Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative „Ja zur Hausarztmedizin“)	JA	—	JA	4
- Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“	JA	—	NEIN	4
- Volksinitiative „Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)“	JA	JA	JA	8
- Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampf- flugzeuges Gripen	NEIN	JA	NEIN	5

Kantonale Vorlage

	SPL	SPBe	SPO	Seite
- Volksinitiative „Mühleberg vom Netz“	JA	JA	JA	5/6
- Änderung des Gesetzes betreffend die Handänderungssteuer	NEIN	NEIN	NEIN	6
- Gesetz über die kantonalen Pensionskassen (PKG), Hauptvorlage (H), Eventualantrag (E)	JA / JA H	JA / JA H	JA / JA H	6/7

KOMMENTAR DER CHEF-REDAKTORIN

Nicht stolz, aber dankbar



Schon wieder ein Rotspecht heisst auch schon wieder Abstimmungen (kaum sind die Wahlen vorbei). Schon wieder Plakate, Diskussionen und viel Geld, das in die Meinungsbildung investiert wird und anderswo vielleicht dringender gebraucht würde. Und alle wissen, was das Beste für die Schweiz oder den Kanton wäre.

Blickwechsel. Täglich erreichen mich Bilder in Zeitungen und TV, die mich nachdenklich stimmen. Aktuell rumort es in der Ukraine. Noch sind andere Unruheherde nicht vergessen: Ägypten, Syrien, Lybien, Irak.

In der Schweiz haben wir ein stabiles politisches System. Regelmässige freie Wahlen und Abstimmungen sind selbstverständlich. Und das bleibt auch so, wenn sich die Stimm- und Wahlbeteiligung jeweils um einen Drittel der Stimmberechtigten bewegt. Ist das nicht toll?

Ich bin nicht stolz, Schweizerin zu sein. Stolz bin ich auf etwas, das ich erreicht habe. Dass ich in der Schweiz, einem stabilen, friedlichen und reichen Land geboren wurde, konnte ich nicht beeinflussen. Aber ich bin dankbar. Immer wieder, insbesondere wenn ich die Bilder aus den Krisenherden der Welt sehe. Und ich wünsche mir, dass ich den Menschen in meinem Umfeld, die nicht abstimmen gehen, aufzeigen kann, dass wir unsere Dankbarkeit für diese Luxussituation beispielsweise mit unserer Beteiligung an diesem politischen System ausdrücken können.

Darum rufe ich auch hier wieder dazu auf: geht am 18. Mai an die Urne und seid euch bewusst, dass diese Möglichkeit nicht selbstverständlich ist!

Priska Grütter

ECKE DES PRÄSIDENTEN DER SP OBERAARGAU

Gemeinsam geschafft!



Wir haben es geschafft: Am 30. März 2014 konnten wir erleichtert von den Wahlergebnissen Kenntnis nehmen. Wähleranteil gehalten, 3 Sitze für Reto Müller, Pierre Masson und mich. Wir konnten also unser Resultat von 2010 mit den

Zugpferden Nadine Masshardt und Markus Meyer bestätigen. Das freut mich sehr und ich danke an dieser Stelle den 11 Mitkandidierenden, allen Helferinnen und Helfer im Hintergrund, in den Sektionen und in den Verbänden. Auch unseren Listenpartner der JUSO und den Gewerkschaften gehört Dank! Mit vereinten Kräften haben wir eine Basis gelegt, um unsere Ziele und Ideen im Grossen Rat umzusetzen. Leider blieb der SP Kanton Bern der grosse Wahlerfolg vergönnt, Mehrheiten zu schaffen könnte aber hin und wieder besser möglich sein.

Die grosse Freude über unser Oberaargauer Ergebnis darf uns aber nicht blind machen. Wir haben unser Ziel, den dritten Sitz mit einer Frau zu besetzen, nicht geschafft. Es wurde knapp, aber Pierre Masson konnte Christine Blum und Yolanda Büschi knapp überrunden (was nicht gegen Pierre persönlich gerichtet ist). Es mag die Situation etwas verträglicher machen, wenn wir ins Emmental blicken, wo die SP nur Frauen in den Grossen Rat schickt. Über den ganzen Kanton betrachtet führt dies zu einer paritätisch zusammengesetzten Fraktion.

Ich will an dieser Stelle auch den Grünen Oberaargau danken. Die Listenverbindung Grüne-SP hat letztlich erneut zum dritten Sitz geführt. Es war immer klar, dass rot-grün diesen Sitz nur gemeinsam halten kann. Die Grünen haben einen engagierten Wahlkampf geführt, sogar eine Liste Junge Grüne



Jeden Samstag ab 10.30
Uhr SP-Stamm im James.

SPANISCHE WEINHALLE

aufgestellt und viele Stimmen geholt. Der Ausgang war offen und wir haben nun das Resultat. Wir werden in den nächsten vier Jahren in Kontakt bleiben und unsere Zusammenarbeit festigen. Unsere Stimmen tun dem Oberaargau gut!

Für die SP geht die Arbeit nicht aus. Bleiben wir dran: In den Sektionen und im Regionalverband! Ich wünsche allen eine schöne Sommerzeit!

*Adrian Wüthrich,
Präsident SP Oberaargau/ Grossrat/ Gemeinderat*

ECKE DES PRÄSIDENTEN DER SP LANGENTHAL

Gratulationen und Ausblick

Liebe Rotspechtleserin, lieber Rotspechtleser

Die Regierungsrats- sowie Grossratswahlen sind vorbei, Analysen sind erstellt, Fragen und Feststellungen, wie wieso oder hätten wir oder Dank Verbindungen und so weiter haben Gewinner aber auch Verlierer in den letzten Wochen stark beschäftigt.



Ich will die Gelegenheit nutzen, den Gewählten zu gratulieren. Vorab sicher unserem Viererteam im Regierungsrat, Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud, Bernhard Pulver und Andreas Rickenbacher. Sie haben es geschafft, die Mehrheit im Regierungsrat zu verteidigen. Herzliche Gratulation. Weiter gratuliere ich Hans-Jürg Käser. Trotz den in den letzten Monaten aufgetretenen hohen Turbulenzen konnte Hans-Jürg seinen Sitz erfolgreich verteidigen.

In den Grossratswahlen konnte die SP Oberaargau den wackeligen dritten Sitz für sich beanspruchen. Ich gratuliere unseren SP-lern Pierre Masson, Reto Müller und Adrian Wüthrich zu Ihrer Neu- bzw. Wiederwahl in

den Grossen Rat. Ich bin überzeugt, dass sie uns in Bern mit bestem Einsatz vertreten werden. Ich will es zudem nicht unterlassen, den in Langenthal wohnhaften wieder- bzw. neugewählten Grossräten anderer Parteien, Hans Baumgartner, Patrick Freudiger, Thomas Rufener und Daniel Steiner-Brütsch, zu gratulieren. Da der Oberaargau im Kantonsparlament mit lediglich 12 Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern vertreten ist, soll zum Wohl der oberaargauischen Bevölkerung in kritischen Anliegen Einigkeit im Vordergrund stehen.

Wenn ich so zurückblicke, welche politischen Diskussionen immer wieder geführt worden sind, fallen mir die Schlagworte Sparen, Existenzminimum, Ausländer und Milliardenverschwendung ein.

Es gibt sinnvolle und sinnlose Sparpakete. Dass zu Lasten der Schwächeren gespart werden soll – zum Beispiel durch die Kürzung der Sozialhilfe um 10 Prozent – ist ganz einfach ausgedrückt Raub. Raub ist nach gesundem Menschenverstand gesetzeswidrig. Seit jeher heuert die Schweiz ausländische Menschen für Arbeit an. Einerseits weil in der Schweiz in gewissen Bereichen zu wenig Arbeitnehmende vorhanden sind, z.B. im Gesundheitswesen, in der Baubranche, in der Landwirtschaft sowie in der Industrie, andererseits, um möglichst günstig davon zu kommen und übermässige Gewinne einstreichen zu können. Hier liege ich offenbar mit meiner Meinung wieder falsch, dass Menschenhandel nicht würdig ist oder sollte die vergangene Abstimmung dazu dienen, den Menschenhandel zu legalisieren, damit das moralische Gewissen einiger Personen beruhigt ist. Nun will der Verteidigungsminister der Schweiz über 10 Mrd. Franken für Flugzeuge für die eigenständige Überwachung des Schweizer Luftraumes ver(sch)wenden.

Die ordentlichen Ausgaben zur Aufgabenerfüllung sind durch die ordentlichen Einnahmen zu decken. Unter den Aufgaben sind unter anderem auch soziale Existenzsicherung, Lebensqualität und Bildung angesprochen. An diesen Aufgaben wird seit Jahren gesägt ohne zu prüfen, ob allenfalls die getätigten Steuersenkungen gerechtfertigt sind.

Nun wünsche ich Ihnen viel Spass beim Lesen des Rotspechtes.

Stefan Ryser, Präsident SP Langenthal

BUNDESBESCHLUSS ÜBER DIE MEDIZINISCHE GRUNDVERSORGUNG (DIREKTER GEGENENTWURF ZUR VOLKSINITIATIVE „JA ZUR HAUSARZTMEDIZIN“)

Ja zur medizinischen Grundversorgung

Der drohende Mangel an Haus- und Kinderärztinnen und -ärzten gab den Anstoss für die Lancierung einer Volksinitiative. Nachdem sich das Parlament für einen direkten Gegenentwurf ausgesprochen hatte, wurde die Initiative zurückgezogen. Am 18. Mai stimmen wir deshalb über den Verfassungsartikel «Medizinische Grundversorgung» ab. Diese will die medizinische Grundversorgung in der Verfassung verankern. Haus- und Kinderärztinnen und -ärzte sind meistens die erste Anlaufstelle bei medizinischen Problemen. Sie sind auch im Notfall und nachts da, wenn man sie braucht. Hausärztinnen und Hausärzte sind auch deshalb wichtig, weil bei ihnen 70 Prozent aller medizinischen Behandlungen ohne Überweisung oder weiterführende Behandlungen erfolgen und dabei lediglich 4 Prozent der gesamten Gesundheitskosten anfallen. Die medizinische Grundversorgung ist der Grundpfeiler des Gesundheitswesens. Mit dem Verfassungsartikel werden Bund und Kantone beauftragt, für ein qualitativ hochstehendes medizinisches Grundangebot zu sorgen. Politische Fehlentscheide auf nationaler und kantonaler Ebene, finanzielle Risiken bei der Führung einer eigenen Praxis und die hohe Arbeitsbelastung haben die Attraktivität des Berufsbilds in der medizinischen Grundversorgung gemindert. Immer weniger junge Ärztinnen und Ärzte entscheiden sich für diesen Berufszweig. Nur jede und jeder zehnte Medizinstudierende will später Hausärztin oder Hausarzt werden. Deshalb muss der Beruf dringend attraktiver werden. Nur mit guten Ausbildungsmöglichkeiten, familienfreundlichen Arbeitszeiten und fairen Löhnen können junge Medizinstudierende für eine Laufbahn in der Haus- und Kinderarztmedizin gewonnen werden.

Die Hausärztinnen und Hausärzte sind ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Gesundheitswesens. Um sie zu stärken, sagt die SP deutlich Ja.

*Reto Müller, Vizestadtpräsident,
Ressort Soziales, Alters- und Gesundheitsfragen*

VOLKSINITIATIVE „PÄDOPHILE SOLLEN NICHT MEHR MIT KINDERN ARBEITEN DÜRFEN“

Emotional aufgeladene „Schein-Sicherheit“

Verurteilte Personen, die sich an Kindern oder Abhängigen sexuell vergangen haben, sollen lebenslang nicht mehr mit Kindern oder Abhängigen arbeiten dürfen. Dies verlangt eine Volksinitiative, welche von der Organisation „Marche Blanche“ gestartet wurde. Verurteilte Pädophile erhielten ein lebenslanges Berufs-/Tätigkeitsverbot (z.B. Lehrer, Fussballtrainer etc.). Gegen dieses Anliegen kann doch niemand im Ernst etwas haben, oder?

Es gibt allerdings schon Gründe für ein „Nein“: Aufgrund des Drucks durch die Initiative hat das Parlament in der letzten Session ein neues Gesetz verabschiedet, welches als indirekter Gegenvorschlag zur Initiative anzusehen ist und – unabhängig vom Ausgang der Abstimmung – in Kraft treten wird.

Das neue Gesetz hat dasselbe Ziel wie die Initiative, sieht für die Richter jedoch – je nach Schwere der Tat - eine differenzierte Beurteilung vor. So wird bei schweren Delikten ein 10jähriges Berufsverbot verhängt, welches jeweils um 5 Jahre verlängert werden kann. In bestimmten Fällen kann ein lebenslanges Berufsverbot auferlegt werden. Zusätzlich umfasst das Gesetz nicht nur Sexual-, sondern auch Gewaltverbrechen. Zudem regelt das Gesetz das Kontakt- und Rayonverbot – der Aufenthalt rund um Pausenplätze, Kindergärten oder Schwimmbäder kann verurteilten Tätern verboten werden.

Das ganze Thema ist emotional stark aufgeladen. Es gibt Befürworter und Gegner durch alle Parteien hindurch. Der Ständerat lehnte die Initiative ab, der Nationalrat war knapp dafür. Die Initiative sei, so der Bundesrat, problematisch, weil sie in jedem Fall ein obligatorisches und zeitlich unbefristetes Berufsverbot nach sich ziehen würde, was in gewissen Fällen nicht verhältnismässig sei.

Anzumerken ist, dass die klare Mehrheit von Sexualstraftätern gegen Minderjährige im privaten Umfeld bzw. der Familie zu finden ist – was die Initiative ausser Acht lässt. Zudem wird nicht jeder Mensch, der pädophil veranlagt ist, auch straffällig. Die Initiative gaukelt meines Erachtens eine Schein-Sicherheit vor.

Michael Renggli, Vorstandsmitglied SP Langenthal

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN VOM 18. MAI 2014

BUNDESGESETZ ÜBER DEN FONDS ZUR BESCHAFFUNG DES KAMPFFLUGZEUGES GRIPEN

Nein zum Gripen

Keine Verschleuderung von Steuermilliarden

Der Kauf neuer Kampffjets kostet die Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mehr als drei Milliarden Franken. Dazu kommen jährliche Unterhalts-, Instandhaltungs- und Betriebskosten. Weitere Millionen braucht es für den Umbau von Immobilien und den Kauf neuer Waffen und Technologien. Über die gesamte Betriebsdauer werden die neuen Kampffjets mehr als zehn Milliarden Schweizer Franken kosten. Dieses Geld fehlt anderswo: bei der Bildung, im öffentlichen Verkehr oder bei der AHV. Mit Sparpaketen und Steuererhöhungen muss jene Summe hereingeholt werden, die bei der Armee wegen der neuen Jets aufgestockt wurde.

Milliarden für einen Papierflieger

Der Gripen E ist erst ein Papierflieger. Dutzende Komponenten des Flugzeugs müssen erst noch entwickelt werden. Die Schweiz muss 40 Prozent des Kaufpreises im Voraus bezahlen – ohne zu wissen, ob die Gripen-Flotte jemals abheben wird.

Offen bleibt auch nach den Nachverhandlungen und stundenlangen Anhörungen in der Sicherheitspolitischen Kommission, was passiert, wenn die 22 Gripen E nicht rechtzeitig oder nicht im versprochenen Umfang geliefert werden. Das Risiko tragen die Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Hinzu kommt: Die Evaluation durch das VBS hat ergeben, dass der Gripen weniger leistungsfähig ist als die heutigen F/A-18 der Schweizer Armee – selbst wenn alle versprochenen Verbesserungen umgesetzt werden könnten.

Die Luftwaffe ist auch ohne neue Kampffjets gut gerüstet

Ein wirksamer Luftschirm ist auch ohne neue Jets gewährleistet: Die Schweizer Luftwaffe ist im internationalen Vergleich auch nach der Ausmusterung der 54 Tiger F-5 sehr gut gerüstet. Zur Erfüllung des Luftpolizei-Auftrags genügen die vorhandenen 32 F/A-18 längst, zumal wir von Freunden umgeben sind. Die F/A-18-Flotte wurde ausserdem erst kürzlich für über 400 Millionen Franken auf den neusten Stand der Technik gebracht. Der Schweizer Luftraum ist gemäss dem aktuellen Armeebericht auch ohne zusätzliche Gripen-Jets hervorragend geschützt – 22 neue Jets sind eine Fehlinvestition und purer Luxus.

SP Schweiz



KANTONALE ABSTIMMUNGEN VOM 18. MAI 2014

VOLKSINITIATIVE „MÜHLEBERG VOM NETZ“

Ja zu „Mühleberg vom Netz“

Die parteiunabhängigen Initianten fordern die sofortige Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg. Risse im Kernmantel, mangelhafte Notkühlung, keine ausreichende Erdbbensicherheit, mangelhafter Brandschutz, ungesichert gegen einen Flugzeugabsturz und unter einer alten Staumauer gebaut. Angesichts der bestehenden Mängel stellt das Kernkraftwerk ein nicht hinnehmbares Risiko für die Bevölkerung dar.

Die Diskussion um die Sicherheit ist ein langwieriges Thema: das ENSI fordert Nachrüstungen, die BKW als Betreiberin stellt

Massnahmen in Aussicht. Mit dem Entscheid im letzten Jahr Mühleberg 2019 vom Netz zu nehmen, dafür aber Nachrüstungen in der Höhe von hunderten Millionen Franken nicht zu tätigen, gibt die BKW den Bernerinnen und Bernern nicht gerade das Gefühl von Sicherheit. Der Termin 2019 ist ausserdem nur eine Absichtserklärung ohne verbindlichen Charakter, der politische Druck muss also weiterhin hoch gehalten werden.

Die Gegner werben neben technischen Problemen, gefährdeter Versorgungssicherheit und fehlender Planungszeit – alles Scheinargumente, welche leicht entkräftet werden können. Das Hauptargument, dass die Abschaltung aufgrund Schadensersatz-



forderungen von Aktionären 100 Mio. CHF kosten werde, ist angesichts der Absenkung der Strompreise in den letzten Jahren und widersprüchlichen Aussagen der BKW zur Rentabilität des AKW, ebenfalls nur aus der Luft gegriffen.

Vor allem ist es ein Hohn, wenn man sich vorstellt, es würde einmal zu einem Unfall kommen... Deshalb ein Ja zu „Mühleberg vom Netz“!

Weitere Informationen:

<http://www.muehleberg-vom-netz.ch>

Anna Aeberhard, Präsidentin Grüne Oberaargau

ÄNDERUNG DES GESETZES BETREFFEND DIE HANDÄNDERUNGSSTEUER

Nein zur Änderung der Handänderungssteuer

Von einer Senkung der Handänderungssteuer profitieren nur wenige. Wenn der Kanton aber weiter abbauen muss, trifft es alle: Den Mittelstand genauso wie die sozial Schwächsten.

Die Änderung des Gesetzes betreffend die Handänderungssteuer bringt einen minimalen Nutzen für einige wenige, aber einen grossen Schaden für den Kanton Bern und die breite Bevölkerungsmehrheit. Wer Grundeigentum (eine Wohnung, ein Haus, ein Grundstück) erwirbt, müsste künftig auf den ersten 800'000 Franken keine Steuern mehr bezahlen. Damit würden jene steuerlich begünstigt, die es eigentlich gar nicht nötig haben. Denn Wohneigentum können sich viele nicht leisten. Es würden also einmal mehr nur die Wohlhabenderen profitieren, während der Grossteil der Bevölkerung leer ausginge. Die Entlastungen für Mieter/innen, welche rund 60 Prozent der Berner/innen ausmachen, wären absolut vernachlässigbar.

Auch aus Perspektive von Wohneigentümer/innen ist die Handänderungssteuer tragbar. Die gewöhnliche Bernerin, der gewöhnliche Berner erwirbt in ihrem resp. seinem Leben

(wenn überhaupt) meistens nur ein- oder zweimal Wohneigentum. Dabei kann die Handänderungssteuer durchaus zugemutet werden. Daneben entfaltet sie eine hemmende Wirkung auf den Landverschleiss und die Spekulation mit Wohneigentum. Die steuerliche Attraktivität des Kantons Bern würde mit einer Annahme der Vorlage in keiner Art und Weise verbessert, die Nachbarkantone besteuern Wohneigentum höher.

Die Änderung der Handänderungssteuer würde beim Kanton ein Finanzloch von 25 Millionen Franken verursachen. Die Kantonsfinanzen lassen aber keine Reduktion der Einnahmen zu. Diese Ausfälle müssten kompensiert werden. Nachdem der Kanton Bern schon im letzten Jahr riesige Abbaubaumassnahmen bei Gesundheit und Bildung beschlossen hat, kämen noch weitere dazu. Wird bei den Spitälern und den Schulen gespart, so trifft das alle: den Mittelstand und die sozial Schwächsten. Deshalb braucht es unbedingt ein Nein zur Änderung der Handänderungssteuer am 18. Mai 2014.

Adrian Wüthrich, Grossrat/Gemeinderat

GESETZ ÜBER DIE KANTONALEN PENSIONS-KASSEN (PKG), HAUPTVORLAGE UND EVENTUALANTRAG

Ja zum Gesetz über die kantonalen Pensionskassen

Ursprünglich war es die Absicht der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat, bei den beiden Bernischen Pensionskassen BPK (für das Staatspersonal) und BLVK (Lehrer-Kasse) den Primatwechsel zu erzwingen. Idee war, das Anlagerisiko neu zu den Arbeitnehmenden zu verschieben. Dieses „Projekt Futura“ wurde von der Linken und den Personalverbänden entschieden bekämpft.



Mit der Finanzkrise vom Herbst 2008 und mit der Änderung des BVG durch den Bund kamen neue Herausforderungen auf uns zu. Das vom Grossen Rat 2013 verabschiedete Pensionskassengesetz PKG ist eine Antwort auf diese offenen Fragen. Es sieht einen Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat und eine Sanierung der beiden Bernischen Pensionskassen BPK und BLVK innerhalb von 20 Jahren vor. Ziel ist die Schliessung der heute bestehenden Deckungslücke (= fehlendes Geld zur Zahlung der Renten) bei beiden Kassen. Zur Abfederung der harten Folgen für das Personal wird ein Teil der Deckungslücke vom Kanton übernommen.

Wir stimmen nicht bloss über die Hauptvorlage, sondern auch einen sog. Eventualantrag ab. Dieser ist schlechter für das Personal. Der Kanton übernimmt weniger von der Deckungslücke und von den nötigen, paritätischen Finanzierungsbeiträgen.

Beide Vorlagen sind hart für das Personal.

Dieses muss mehr bezahlen, wird wohl eine geringere Rente haben und muss – zumindest die bei der BPK versicherten – zwei Jahre länger arbeiten.

Und trotzdem: ein doppeltes Nein verhindert die Änderungen nicht, sondern verzögert sie nur und hätte wohl sehr einschneidende Folgen für das Staatspersonal. Auch bei einem doppelten Nein wird der Primatwechsel weiterverfolgt. Dazu müsste das neue – seit den Wahlen vom 30. März noch bürgerlicher gewordene – Parlament ein neues Gesetz ausarbeiten. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass eine neue Lösung für das Personal weniger vorteilhaft ausfallen dürfte, als die heute vorliegenden.

Deshalb unsere Empfehlung:

Hauptvorlage: JA

Eventualantrag: JA

Stichfrage: Kreuz bei der Hauptvorlage

Markus Meyer, Grossrat/Präsident der PK-Kommission

AUS DER OBERAARGAUER SP 60+

Kantonale SP 60+-Gruppen in Langenthal

Im März konnten wir von der SP60+ Oberaargau rund 70 Personen aus dem ganzen Kanton Bern im katholischen Kirchgemeindehaus begrüßen. Es war dies der zweite Anlass dieser Art, bei dem sich die über 60-Jährigen zum Gedankenaustausch trafen.



Rund 70 Personen fanden den Weg nach Langenthal

Nach einem Einstiegscaffee mit Gipfeli und der Begrüssung durch unseren Präsidenten, Res Ryser, schaute der ehemalige Staatsschreiber Kurt Nuspliger im Referat „Der Kanton Bern – alte Geschichten und neue Herausforderungen“ auf die Vergangenheit zurück und wagte einen Blick in die Zukunft.

Ein aktuelles Thema war dabei der von vielen Schweizern als ungerecht empfundenen

Lastenausgleich, bei dem der Kanton Bern nur profitiere, wie es heisst. Man könne nicht finanzstarke Kantone wie etwa die beiden Basel dank der Pharmaindustrie, Zürich, Genf, die Waadt oder Trittbrettfahrer wie der Kanton Zug, der kein Berggebiet, kein städtisches Gebiet, keine Uni und keine teuren Kulturinstitutionen kennt, und den weitläufigen Kanton Bern miteinander vergleichen, hielt Nuspliger fest. „Das ist, wie einen Leichtgewichtsboxer gegen einen Schwergewichtsboxer antreten zu lassen.“

Im zweiten Teil stellten sich die SP60+-Gruppen aus dem Oberland, der Stadt und Agglomeration Bern, Biel-Seeland - und wir vom Oberaargau - vor. Beim anschliessenden Mittagessen wurde intensiv weiterdiskutiert, ganz nach der von Markus Meyer festgehaltenen Weisheit: „Mit der AHV muss man nicht gleichzeitig die Stimmkarte abgeben.“

Irmgard Bayard



Kurt Nuspliger begeisterte mit seinen „alten Geschichten und neuen Herausforderungen“

Starkes Land. Faire Löhne.

Die Mindestlohn (MiLo) Kampagne hat auch im Oberaargau begonnen.

Einen Monat vor der Abstimmung zur Mindestlohninitiative vom 18. Mai 2014 hat der Gewerkschaftsbund Oberaargau in Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsbund des Kantons Bern auf dem Marktplatz in Langenthal mit dem 9 x 3 Meter grossen 4000er Ballon auf die Vorlage aufmerksam gemacht.



Foto Markus Buri

Das will die Initiative für den Schutz fairer Löhne

Nur die Hälfte der Arbeitnehmenden ist in der Schweiz durch einen Mindestlohn geschützt. Denn es gibt zu wenige Gesamtarbeitsverträge mit verbindlichen Lohnuntergrenzen – vor allem deshalb, weil sich viele Arbeitgeber weigern, solche Verträge abzuschliessen.

Aus diesem Grund haben die Gewerkschaften die Mindestlohninitiative eingereicht.

Diese Volksinitiative verlangt, dass der Bund und die Kantone die Festlegung von Mindestlöhnen in GAV fördern müssen.

Als unterste Absicherung für alle Arbeitnehmenden soll es einen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde geben. Dies entspricht derzeit bei 12 Monatslöhnen rund 4000 Franken im Monat.

Der Mindestlohn wird regelmässig an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst, analog zur AHV-Rente. Erwerbstätige mit besonderen Vertragsformen wie Lehrlinge oder Personen in anderen Ausbildungen und Praktiken sind ausgenommen. Die genaue Definition des Mindest-Stunden-Lohnes wird Aufgabe des Parlaments sein.

In der nun beginnenden heissen Phase der Abstimmungskampagne werden die Initianten zahlreiche überraschende Tieflohnskandale aufdecken und die unwürdig tiefen Löhne von 330'000 Personen ins Zentrum stellen.

Der gesetzliche Mindestlohn von 22 Franken ist das richtige Instrument, um den Lohndrückern, die auf dem Buckel der Arbeitnehmenden abzocken, den Riegel zu schieben.

Davon profitieren alle: Anständige Arbeitgeber müssen sich nicht mehr vor unlauterer Konkurrenz fürchten.

Die Steuerzahler müssen die Zeche nicht über die Sozialhilfe bezahlen.

Die Lohndiskriminierung der Frauen wird zumindest im Tieflohnbereich deutlich abnehmen.

Die Betroffenen haben mehr zum Leben und später eine bessere Rente. Ausserdem schaffen faire Löhne Kaufkraft und stärken den Werkplatz Schweiz.

Darum ist es wichtig am 18. Mai 2014 ein – überzeugtes JA – in die Urne zu legen.

Nazmi Jakurti, Präsident GBO

SATUS LANGENTHAL

SATUS-Hauptversammlung

Am Samstag, 18. Januar erschien eine stattliche Anzahl Mitglieder zur diesjährigen Hauptversammlung vom Satus Langenthal. Zielstrebig führte uns die Präsidentin Susanne Ryf durch die 15 Traktanden. Der Vorstand hat vorgängig gute Arbeit geleistet.

Erfreulicherweise durften die Anwesenden zwei Neumitglieder begrüßen und in den Verein aufnehmen. Die Beiden werden in der Fitnessgruppe turnen.

Austritte gab es zum Glück keine und auch keine Demissionen.

Auf die letztjährige HV suchten wir eine Leiterin für die Gruppe Fit ab 50, wir wurden fündig!

Die verschiedenen Jahresberichte brachten unisono DAS Ereignis zur Sprache, 100 Jahre SATUS Langenthal.

Unser Verein feierte diesen Anlass am 31. August 2013, mit einem Ausflug ins Haflingerzentrum Trachselwald, wo wir allerlei Aktivitäten vollbringen und erleben durften.



Super Wetter, tolle Stimmung alles passte.

Die Präsidentin hat auch für die anderen Anlässe, welche wir mit dem Verein erleben durften, nur lobende Worte. Das Eiertutschen am Gründonnerstag, Turnwanderung, Altjahreshöck usw.

Zudem führten wir auch wieder einen Goldlotto durch, mit einem erfreulichen Ergebnis. Zu erwähnen ist auch die Mithilfe am Langenthaler Stadtlauf. Susi Ryf dankt allen Helferinnen und Helfer, es braucht immer alle.

Die Jahresrechnung 2013 schliesst mit roten Zahlen ab, aber wie schon oben erwähnt, der SAL hatte etwas zu feiern. Die Versammlung genehmigte denn auch die Jahresrechnung ohne Murren und stimmte auch dem Budget 2014 zu. Die Jahresbeiträge bleiben weiterhin unverändert, die Anwesenden nahmen das mit Wohlwollen zur Kenntnis.

Hanni Tanner und Toni Ronchi verlassen den Vorstand als Beisitzer. Die Beiden werden nicht ersetzt. Die restlichen Chargeninhaber behalten ihr Amt für ein weiteres Jahr, was von der Versammlung mit grosse Applaus verdankt wird.

Wir können leider niemandem zu einem Jubiläum gratulieren, haben aber auch kein Mitglied verloren.

Das Traktandum Verschiedenes gibt allen Anwesenden die Gelegenheit, Wünsche und Anregungen vorzubringen. Es gab aber keine grossen Diskussionen, also kann die Präsidentin die HV 2014 abschliessen und wir gehen zum gemütlichen zweiten Teil über.

Hedi Schneeberger, Sekretärin

mühlheim
OFFSETTDRUCK
in jedem fall

4922 Bützberg, Zürichstrasse 16
Telefon 062 963 00 16, Telefax 062 963 00 24
muehlheim.druck@besonet.ch

Besuchen Sie uns unter:
www.reber-gartenmanager.ch

GREENPOINT
REBER
GARTENMANAGER

Gartenunterhalt und Gartenänderungen

Wir managen Ihren Garten. Überlassen Sie uns die Arbeit und genießen Sie die angenehmen Seiten des Lebens. Ruhnen Sie sich in Ihrem aufgeräumten Garten aus.

Erleben Sie Ihr grünes Wunder

Wendelin Reber • Gartenunterhalt und Gartenänderungen • Friedastrasse 9 • 4923 Wynau
Büro + Magazin Bemstrasse 31 • 4923 Wynau • Tel.: 062 929 13 16 • Fax.: 062 929 13 17
greenpoint@reber-gartenmanager.ch • www.reber-gartenmanager.ch • Mobil: 079 277 94 57

Bildungsgruppe Horizont

Kurse, Weiterbildung, Kultur

03.09.2014 - Pflegekurs für Männer, Coiffeur City Langenthal, max. 6 Personen (Unkostenbeitrag 25.--)

24.09.2014 - Schminkkurs für Frauen, Coiffeur City Langenthal, max. 6 Personen (Unkostenbeitrag 25.--)

31.10.2014 - Kochen für zwei (ICH koche für DICH) im Waldhof, Teilnehmerzahl beschränkt (Unkostenbeitrag 20.-- pro Person)

Anmeldungen sind schon jetzt möglich an claudiastalder@gmx.ch

GBO-RENTNER/INNEN-GRUPPE

Hauptversammlung

Am Donnerstag, 20. Februar 2014 erschienen 79 Personen im Zwinglihaus, Langenthal zur Hauptversammlung des GBO. Um 14.00 Uhr eröffnete unser Präsident Ernst Neuenschwander die HV.



Die üblichen Traktanden wie Protokoll, Jahresberichte, Jahresrechnung, Budget etc. wurden alle einstimmig genehmigt.

Das vom Vorstand zusammengestellte Jahresprogramm beinhaltet wieder viele interessante Aktivitäten. Zum Start im April im Zwinglihaus ein Vortrag mit Dr. Bieri. Weiter werden bis im Herbst 2 Halbtages- und 3 Tagesfahrten mit dem Carunternehmen Witschi-Reisen durchgeführt. Im Herbst wiederum im Zwinglihaus ein Dia-Vortrag. Den Abschluss bildet dann wieder wie jedes Jahr der Altjahreshöck im Gasthof zum Wilden Mann in Aarwangen.

Auch an diesem HV-Anlass war der abtretende Grossrat Markus Meyer anwesend und richtete ein grosses Lob an den Vorstand für ihre unermüdliche Arbeit und einen Dank an die Rentner/Innen für das immer zahlreiche Mitmachen.

Heinz Grogg

ROTSPECHT-BRIEFKASTEN

Anliegen:

Lieber Specht

Ist das Steuerregister öffentlich? Immer wieder kann gelesen werden, dass prominente Personen ein steuerbares Einkommen von „null“ ausweisen und somit keine Steuern zu bezahlen haben. Dies führt oft zu Unverständlichkeit, ja, sogar für rote Köpfe. Welche Informationen erhalte ich von der Steuerbehörde?



Der Specht gibt Antwort:

Der Specht hat sich bei der Steuerbehörde erkundigt. Folgende Auskunft hat der Specht erhalten:

Gemäss Art. 164 Abs. 3 **Steuergesetz des Kantons Bern** sind die Steuerregister der Gemeinden öffentlich. Der Grundsatz der Öffentlichkeit gibt jeder Person das Recht, auf Anfrage hin Auskunft über Dritte aus dem Steuerregister zu erhalten. Die Auskünfte beschränken sich auf die rechtskräftigen Steuerfaktoren (steuerbares Einkommen, steuerbares Vermögen und amtlicher Wert der Grundstücke in der Gemeinde). Weitergehende Auskünfte dürfen von der Steuerbehörde der Gemeinde nicht erteilt werden.

Die Person, die **Informationen** möchte, muss die steuerpflichtige Person mit der genauen Adresse identifizieren könne, über die sie Auskunft verlangt. Auch die Steuerzahlen für juristische Personen sind öffentlich (steuerbarer Gewinn, steuerbares Kapital und amtlicher Wert in der Gemeinde). Die Gemeinde ist berechtigt, für die schriftliche oder mündliche Auskunft eine angemessene Gebühr zu verlangen. Es liegt in der Kompetenz der Gemeinde, in welcher Art und Weise sie die Auskunft erteilt. In Langenthal werden Auskünfte am Schalter mündlich und auf schriftliche Anfrage schriftlich beantwortet. Gemäss Gebührentarif/ Gebührentariff der Stadt Langenthal (neuer Tarif gültig ab 01.01.2013) kostet eine Steuerauskunft pro Steuerjahr CHF 20.00 (steuerbares Einkommen, Vermögen und amtlicher Wert in Gemeinde). Die Gebühr für einen amtlichen Wert beträgt CHF 10.00 pro Grundstück.

Sperrung der Steuerdaten. Die Steuerbehörden sind wegen der Öffentlichkeit des Steuerregisters grundsätzlich zur Bekanntgabe verpflichtet. Ausnahmsweise kann die Bekanntgabe von Steuerdaten jedoch gesperrt werden. Eine Sperrung ist nur möglich bei überwiegenden privaten Interessen. Bei prominenten Personen mit entsprechendem Gefährdungspotenzial können in der Praxis solch überwiegende private Interessen gegeben sein. Die steuerpflichtige Person muss die Sperrung bei der Steuerverwaltung des Kantons Bern beantragen und diese bestätigt die Sperrung mit einem Schreiben.

DENKSPORT

Kommentar zum Denksport

Seit Jahren macht jeweils Käthy Ryser das Denksport-Rätsel für den Rotspecht. An dieser Stelle herzlichen Dank für deine unermüdliche Arbeit!

Im Moment ist Käthy Ryser gesundheitlich nicht so gut zwäg. Darum konnte sie diesmal kein Rätsel machen.

Glücklicherweise durften wir auf ein Angebot von Markus Müller (SP Rohrbach) zurück greifen und ihn für ein Rätsel fragen. Herzlichen Dank für deinen spontanen Einsatz, Markus!

Die richtigen Lösungen können bis am 01.08.14 an die Redaktion (Priska Grütter, Ringstrasse 31, 4900 Langenthal) gesendet werden.

Viel Spass beim neuen Rätsel!

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1						2			7			
2	13				14					15		
3												3
4				20								
5	24		25			5						
6									9			
7												
8												
9												
10												
11												
12												

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Lösung

Gewinner Kreuzworträtsel

RotSPecht 1/2014

Es sind 32 Lösungen eingegangen. Die Lösung hiess: **BILDUNG**

1 Gutschein Blumenzauber im Wert von Fr. 20.- gespendet von **Lotte Nussbächer, SP-Mitglied**

Vreni Steffen, Ghürn, 4934 Madiswil

1 Gutschein Gschänkchratte im Wert von Fr. 20.- gespendet von **Michael Renggli, Vorstandsmitglied SPL**

Elisabeth Leuenberger, Weststrasse 104, 4900 Langenthal

1 Gutschein Rest. Braui im Wert von Fr. 20.- gespendet von **Pierre Masson, Grossrat und Gemeinderat SP**

Fritz Scheurer, Allmendgasse 15, 4914 Rooggwil

1 Gutschein Rest. Chrämerhuus im Wert von Fr. 20.- gespendet von **Roland Loser, SP-Stadtrat**

Hansruedi Salzmann, Marktgasse 37, 4900 Langenthal

Waagrecht

- 1) lat. Ausdruck für Freude; 8) österr. Autor und Literat, Stefan (1881-1942);
- 13) BE-Grossratspräsident 2013/2014 aus Langnau, Bernhard ; 15) Eingeborenenvolk in Lateinamerika; 16) kann man mit Faden oder audiovisuell machen (Mz.);
- 18) Vergangenheitsform von "gären"; 19) engl. für "Einkaufen"; 22) an beiden Füßen total zehn davon 24) Abk. für eine Sozialversicherung; 25) int. Abk. Europ. Verlegerverband; 26) stellte fest: "und sie bewegt sich doch!"; 27) Abk. "Nummer";
- 28) weibliche Anrede; 29) ...und Pflege; 30) ehem. Abk. von SRF; 32) fieser Drache in "Der Hobbit"; 35) Abk. "Radio Suisse Romande"; 37) span. "Gewicht";
- 39) französischer Autor, Albert (1913-1960); 40) CH-Kinderbuchklassiker: "Mein Name ist..."; 42) emmentaler Orts- oder Weilernamensteil; 43) Vorname des CDN-CH Eishockeyspielers Dominichelli; 45) Mitbegründer der Sozialdemokratie in Deutschland und der Schweiz, August, (1840-1913); 47) Länderkennzeichen der Niederlande; 48) tönt fast wie 13 waagrecht, ist aber ein Empfangsgerät;
- 49) Länderkennzeichen Neuseeland; 50) engl. Ausdruck für "Zeitalter"; 51) engl. Ausdruck für "gebrauchen"; 53) künstliches menschenähnliches Wesen; 55) franz. "Jahr"; 56) franz. "Turm" oder "Rundfahrt"; 57) Fremdwortteil für das Millionenfache; 58) fadenähnliches Material zum Stricken.

Senkrecht

- 1)"Karls kühne..."; 2) amerik.: Moderator; 3) Neubesetzung der Anstalt im ZDF, Max; 4) ital. "vom"; 5) Länderkennzeichen Italien; 6) deutscher und türkischer Umlaut; 7) Abk. Mini-Rock-Festival.; 8) Kapitalismuskritiker aus Genf und Thun, Jean; 9) Bühnen- und Filmfigur von Heinz Erhardt, Willi; 10) Erzählung von Carl Zuckmayer: "... von Leewen"; 11) Abk. "Informationsstelle für Konsumkredit";
- 12) jap. Wort für Geisterfresser; 14) Glacélederart; 17) Angehöriger eines Minderheitenvolks in China; 20) Land im Nordwesten Südamerikas; 21) nicht fern; 23) Autor von "Empört Euch", Stéphane (1917-2013); 31) österreichischer Bundeskanzler von der SPÖ, Werner; 33) italienische Mehrzahlform von "geliebt"; 34) Abk. "Global Business School Network"; 36) Dokumentarfilm von 2013: "Zum Beispiel..."; 37) "... hält sich" gut im ZDF mit seiner satirischen Talk-Show;
- 38) Dorf im Kanton GL; 41) Eigenname von Genua; 41) Eigenname von Genua; 44) Engl. Begriff für Träne; 46) Autor von "Die unendliche Geschichte", Michael (1929-1995); 52) Autokennzeichen Solothurn; 54) Akb. Newtonmeter; 55) Chem. Zeichen für Argon.

AGENDA / IMPRESSUM

AGENDA

Mai 2014

01.05.	SP Langenthal	1.Mai-Feier mit Corrado Pardini	Wuhrplatz	16 - 21.30 Uhr
01.05.	SP Aarwangen/ Schwarzhäusern	1.Mai-Feier mit Corinne Sutter (Karikaturzeichnerin)	Klubhaus FC Aarwangen	ab 15.00 Uhr Rede: 18.45 Uhr
01.05.	SP Roggwil	1.Mai-Feier mit Mathias Aebischer	Schulhausplatz	ab 11.30 Uhr
01.05.	SP Nieder-/Oberbipp	1.Mai-Feier mit Pierre Masson	Waldhütte	ab 16.30 Uhr
04.05.	Naturfreunde	Tierpark Roggenhausen Aarau		
18.05.	Naturfreunde	Biodiversitätstag	Albüron	
17./18.05.	ABSTIMMUNGSWOCHE ENDE			

Juni 2014

04.06.	SP Langenthal	Parteiversammlung		
09.06.	Naturfreunde	Pfingstmontag Planetenweg	Weissenstein	Grenchenberg

Juli 2014

13.07.	Naturfreunde	Col de Roux - Grande Dixence		
--------	--------------	------------------------------	--	--

August 2014

09./10.08.	ESV Langenthal	Tagesreise ins Grüne		
26.08	SP Langenthal	Parteiversammlung		

September 2014

03.09.	Horizont	Pflegekurs für Männer	Coiffeur City	
05.09.	SP 60+	Versammlung		9.30 Uhr
13.09.	SP Roggwil	Dorfputzete	beim Schulhaus I	9.00 Uhr
13.09.	ESV Langenthal	Kleinkaliber-Schiessen	Aarwangen	
14.09.	ESV Langenthal	36. SVSE-Radmeisterschaft	Möhlin	
24.09.	Horizont	Schminkkurs für Frauen	Coiffeur City	

Noch nicht SP-Mitglied?

**Ich interessiere mich für die SP
Bitte senden Sie mir Unterlagen**

Name / Vorname

Strasse.....

PLZ / Wohnort.....

Tel./ E-Mail.....

Datum / Unterschrift.....

einbringen an:

SP Sektion Langenthal
Postfach
4901 Langenthal
E-Mail: info@sp-langenthal.ch

IMPRESSUM

ROTSPECHT, das Informationsblatt der
SP Langenthal, www.sp-langenthal.ch
Beteiligte Vereine: Eisenbahner-Sportverein,
Gewerkschaftsbund, Naturfreunde, Rentnerinnen- und
Rentnergruppe GBO, SATUS Turnverein, SP60+,
Horizont

Erscheinungsweise: 4x jährl.,

Auflage: 1'450 Ex.

Nächster Redaktionsschluss: 16. April 2013

Druck: Mühlheim, Bützberg

Redaktion: Priska Grütter, Ringstrasse 31,
4900 Langenthal
priska_gruetter@gmx.ch

Mitgemacht haben:

Priska Grütter	Adrian Wüthrich
Stefan Ryser	Reto Müller
Michael Renggli	Anna Aeberhard
Markus Meyer	Irmgard Bayard
Nazmi Jakurti	Heidi Schneeberger
Claudia Stalder	Heinz Grogg
Markus Müller	Res Ryser



Mieterinnen- und Mieterverband
Kanton Bern
Monbijoustrasse 61
3007 Bern

Beim Mieten und
Wohnen sind wir
für Sie da!



Sinnvoll investierte CHF 90.— pro Jahr. Werden Sie Mitglied: mv@mvbern.ch